

An die
Medien Dortmund

17.08.05

Pressemitteilung

Flüchtlingsunterkunft Westfalendamm:
Soziale Betreuung und Sicherheit gewährleisten!

Die Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen drängt auf ein schlüssiges Sicherheits- und Betreuungskonzept für die in der Flüchtlingsunterkunft „Westfalendamm“ untergebrachten Menschen.

In der von der Firma „European Homecare“ im Auftrag der Stadt betriebenen Einrichtung leben seit Juni wieder Flüchtlinge. Aus diesem Grund informieren sich deshalb heute Mitglieder der Fraktion und der Bezirksvertretung der GRÜNEN bei der Leiterin der Einrichtung über die momentane Situation in der Unterkunft.

Birgit Unger, Mitglied im Sozialausschuss: „Uns interessiert neben der momentanen Anzahl und Herkunft der Flüchtlinge insbesondere die Unterbringungssituation. Die von der Verwaltung angedachte Zahl von 500 Flüchtlingen halten wir dabei für zu hoch. Maximal sollten unserer Meinung hier bis zu 350 Flüchtlinge untergebracht werden. Das ist ja auch die Auffassung der Bezirksvertretung.“

Wichtig bei der Unterbringung sind für die GRÜNE Fraktion insbesondere ausreichende sanitäre Einrichtungen und Gemeinschaftsräumlichkeiten. Die Belegungszahl muss sich daher an den vorhandenen Möglichkeiten ausrichten. Und auch die Personalsituation in der Einrichtung spielt für die GRÜNEN eine wichtige Rolle. Helga Hilbert, Mitglied im Ausländerbeirat: „Es muss gewährleistet sein, dass ausreichend Personal zur Betreuung der Flüchtlinge vorhanden ist – und das auch an Wochenenden. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Sicherheit der Flüchtlinge ein wichtiger Aspekt!“

Darüber hinaus sei es notwendig, über die reine Betreuung weitere Hilfestellungen und vorhandene Angebote für die Flüchtlinge zu erschließen. Dies betreffe insbesondere die Sprachförderung und eventuell notwendige psychologische Hilfen.

Ein weiterer wichtiger Punkt für die GRÜNEN ist die Situation der in der Unterkunft lebenden Kinder. Vor allem für die Schulkinder seien entsprechende Fahrkarten notwendig, um die nächstmögliche Schule problemlos erreichen zu können.

Zusätzlich erinnern die GRÜNEN daran, dass nach Beschluss des Sozialausschusses insbesondere Familien nach Erteilung des entsprechenden Aufenthaltstatus zum frühestmöglichen Zeitpunkt in familiengerechten Wohnungen untergebracht werden. Die Umsetzung des Beschlusses wird nach Auffassung von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN dazu beitragen, gerade die Lebenssituation für die Kinder erheblich zu verbessern.

Helga Hilbert: „Wir begrüßen es, wenn es darüber hinaus zur Einrichtung eines Runden Tisches kommt. Unter der Einbeziehung von Nachbarn, Vereinen, engagierten BürgerInnen aus dem Wohnumfeld und auch der Verwaltung können viele der Fragestellungen dann gemeinsam beraten werden.“